

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 26 (1970)
Heft: 5

Artikel: Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 29. April 1970 :
Erstlingsreden von zwei Frauen zur Spitaldebatte
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845397>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 29. April 1970

Erstlingsreden von zwei Frauen zur Spitaldebatte

Im Zentrum der von Hermann Wiget geleiteten Ratssitzung stand eine lebhaft und grundsätzlich geführte Debatte um die attraktivere Gestaltung der Pflegeberufe in Heimen und Spitälern. Von seiten des VPOD war eine Anregung eingereicht worden, welche die Gleichstellung des Spitalpersonals mit dem übrigen Personal durch Verwirklichung der 44-Stunden-Woche fordert, während andererseits von ärztlicher Seite die Gegenposition verfochten und nach anderen Massnahmen zur Hebung der Berufe Umschau gehalten wurde.

Die Debatte gewann erheblich an Substanz durch die Erstlingsreden von zwei Gemeinderätinnen, die beide aus praktischer Erfahrung heraus und abseits der festgefahrenen Fronten ihre Meinungen vorbrachten.

Frau Dr. Liliane Uchtenhagen setzte sich mit einer schwungvoll, frei vorgetragenen Rede für die Anliegen der jungen Generation in den Pflegeberufen ein.

Die jungen Leute verlangen normale Arbeitsbedingungen. Das bedeutet, dass man mit der Zeit zum Schichtbetrieb übergehen muss. Das muss nicht auf Kosten des Patienten gehen, denn die «rituellen Abläufe» dienen diesem auch nicht immer. Unter modernen Arbeitsbedingungen lassen sich die Abwanderungen vermeiden und verheiratete Frauen leichter wieder einsetzen. Frau Uchtenhagen betonte, dass die jungen Schwestern nicht mehr in «Schwesterntürmen» wohnen wollen.

Oberschwester Margrit Schellenberg stützte sich in ihrem Votum auf eine Meinungs-

umfrage unter den Schwesternschülerinnen.

Diese wünschen die 44-Stunden-Woche, allerdings nicht bloss auf dem Papier. Vorerst sollten die Differenzen in den Landspitälern abgebaut werden.

Auch diese Rednerin bestätigte, dass das Wohnen im Internat keineswegs als glücklich empfunden wird. Gewünscht wird ferner besoldungsmässige Gleichstellung Stadt/Kanton sowie vermehrte innerbetriebliche Weiterbildung. Der Schichtbetrieb indessen wäre dem abträglich.

Auf jeden Fall trugen beide Voten zur Belegung der Sitzung bei und demonstrierten augenfällig, wie sehr die Mitsprache der Frau in der Politik gerechtfertigt ist.

Unser Stimmrecht Erfolg und ... kein Erfolg

In Nidwalden haben wir es einem Jugendkomitee zu verdanken!

Nidwalden ist der erste Innerschweizer Kanton, der das Frauenstimmrecht eingeführt hat. Die von rund 3 000 Stimmberechtigten besuchte Landsgemeinde im Ring zu Wil an der Aa stimmte der Regierungsvorlage einmütig zu und hiess mit grossem Mehr einen Zusatzantrag des überparteilichen Jugendkomitees gut, welches das integrale Frauenstimmrecht in den Gemeinden forderte. In der Schlussabstimmung sprachen sich nur knapp hundert Landsgemeindebürger gegen die politischen Rechte der Frau aus. Selbst die kühnsten Optimisten hatten nicht mit einer so überwältigenden Annahme gerechnet. Das mit Abstand «heisseste» Sachgeschäft war die landrätliche Vorlage für die Ein-